

DIE SLOWAKEI NACH DEM STAATSTREICH IM FEBRUAR 1948

Von Michal Barnovský

Der Februar 1948 bildet unzweifelhaft einen Meilenstein in der neuzeitlichen Geschichte der Tschecho-Slowakei und der Slowakei. In den letzten Februartagen des Jahres 1948 sicherten sich die Kommunisten das Machtmonopol und errichteten eine Diktatur, die ihnen dazu diente, die Gesellschaft nach ihrer eigenen Doktrin umzugestalten. Es trifft zwar zu, daß die Kommunisten schon seit 1945 eine bedeutende Machtposition innehatten, das sogenannte volksdemokratische politische System keine parlamentarische Ordnung darstellte und weitreichende ökonomische Reformen (Nationalisierung der Industrie, Bodenreform usw.) bereits vor dem kommunistischen Staatsstreich durchgeführt worden waren. Alle diese Maßnahmen leisteten der Errichtung der kommunistischen Diktatur Vorschub, waren aber als solche noch kein Ausdruck einer kommunistischen Diktatur. Erst der Februar 1948 stellte die Weichen für eine qualitative Veränderung der gesellschaftlich-politischen Entwicklung. Das Machtmonopol der Nationalen Front verwandelte sich nun in das kommunistische Machtmonopol, die eingeschränkte bzw. regulierte Demokratie wurde durch eine Diktatur ersetzt und die Drei-Sektoren-Ökonomie schrittweise in eine einsektorale Wirtschaft überführt. Es handelte sich also um eine grundsätzliche Veränderung des politischen Systems und der gesellschaftlichen Ordnung. Daher können wir Auffassungen nicht zustimmen, die die Unterschiede vor und nach dem Februar 1948 bagatellisieren und im Februarumsturz keinen Entwicklungsbruch erkennen wollen¹. Ebenso unhaltbar erscheint uns die seinerzeit von der kommunistischen Historiographie aufgestellte Behauptung, daß die Slowakei bereits im Herbst 1947 ihren „kleinen Februarumsturz“ erlebt habe. Die politische Krise im Herbst 1947 in der Slowakei stellte zwar einen Versuch der slowakischen Kommunisten dar, die politischen Machtverhältnisse in der Slowakei auf nichtparlamentarischem Wege zu ändern, doch entsprach das Ergebnis nicht den Erwartungen. Die Krise wurde vielmehr durch einen

¹ Dieser Betrachtungsweise begegnen wir in der Exilliteratur bei den ehemaligen Repräsentanten und Anhängern der Slowakischen Volkspartei Hlinkas. So schreibt etwa Ferdinand D'určanský: „Diejenigen, die im Februar 1948 von den Kommunisten kaltgestellt wurden, verkündeten und verwirklichten das gleiche Programm wie die Kommunisten. Wie wir die Dinge auch betrachten mögen, bleibt es doch eine Tatsache, daß es damals nicht um einen ideellen Konflikt ging, sondern nur um Rivalitäten zwischen Personen . . . Es ging nicht um die Entscheidung zwischen Demokratie und Kommunismus, denn in der Tschecho-Slowakei existierte die kommunistische Diktatur damals bereits.“ D'určanský, Ferdinand: *Právo Slovákov na samostatnosť vo svetle dokumentov. Biela kniha* [Das Recht der Slowaken auf Selbständigkeit im Lichte der Dokumente. Ein Weißbuch]. Bd. 1. Buenos Aires 1954, 662–663.

Kompromiß beigelegt, und der Versuch einer kommunistischen Machtübernahme geriet bestenfalls zur Generalprobe.

Es ist nicht die Aufgabe des vorliegenden Beitrags, den Verlauf der Februarereignisse 1948 zu analysieren, sondern deren unmittelbare Folgewirkungen auf politischem Gebiet etwa für den Zeitraum eines halben Jahres aufzuzeigen. Im einleitenden Teil soll allerdings auf einige Besonderheiten dieses entscheidenden Machtkampfes in der Slowakei im Vergleich mit den böhmischen Ländern hingewiesen werden. In der ČSR existierten damals zwei kommunistische Parteien: die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) und die Kommunistische Partei der Slowakei (KPS), die einen gemeinsamen, in Prag ausgearbeiteten Kurs steuerten und die gleiche Taktik zur Erreichung ihres strategischen Ziels verfolgten. Um ein gemeinsames Vorgehen von KPTsch und KPS in der Regierungskrise im Februar 1948 zu gewährleisten, entsandte Klement Gottwald Viliam Široký und Július Duriš in die Slowakei, so daß die KPS im wesentlichen die Beschlüsse und die Schritte der Prager KPTsch-Führung kopierte, wobei sich diese wiederum die Erfahrungen der slowakischen Kommunisten aus dem Herbst 1947 zunutze machte, wie der Betriebsrätekongreß, der Kongreß der Bauernkommissionen und die politischen Streiks in der Februarkrise zeigen. Die slowakische Demokratische Partei hielt sich andererseits an das taktische Konzept der Tschechoslowakischen nationalsozialistischen Partei. Die beiden anderen Parteien in der Slowakei – die Freiheitspartei und die Tschechoslowakische sozialdemokratische Partei – spielten nur eine ganz unwesentliche Rolle und beeinflussten die politische Entwicklung kaum.

Trotz dieser gemeinsamen und koordinierten Aktionen der beiden politischen Lager auf gesamtstaatlicher Ebene drückten die andersgearteten Verhältnisse in der Slowakei dem Geschehen während und nach dem Februarumsturz ihren Stempel auf. Dazu gehörte auch, daß die slowakischen Kommunisten dafür eintraten, die Konfrontation mit dem politischen Gegner rascher herbeizuführen und die politische Machtfrage noch vor den Wahlen zu klären. Ihnen war bewußt, daß sie – verglichen mit der KPTsch – über die schwächeren Machtpositionen verfügten und bei den kommenden Wahlen nicht die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen würden². Aus diesen Gründen waren sie bereit, in der Auseinandersetzung mit der „Reaktion“ zu radikaleren Maßnahmen zu greifen. Zugleich stellte die KPS-Führung Überlegungen an, wie die Demokratische Partei durch die Gründung einer weiteren Partei gespalten werden könne. Zu diesem Zweck unterstützten die slowakischen Kommunisten den ehemaligen Funktionär der Demokratischen Partei und Oberbürgermeister von Bratislava, Jozef Kyselý, der die Uneinigkeit in der Demokratischen Partei zu schüren versuchte. Andererseits blieb die Führung der Demokratischen Partei – im Unterschied zu den tschechoslowakischen nationalen Sozialisten – bis zum Ausbruch der Regierungskrise im Februar 1948 weitgehend untätig. Noch am 19. Februar lehnte der Parteivorstand einen möglichen Rücktritt der Minister, die der Demokratischen Partei angehörten,

² Die KPS-Führung nahm an, daß die Demokratische Partei bei den Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament im Mai 1948 mindestens zehn Prozent der Stimmen verlieren würde. Im Mai 1946 hatten 62 Prozent der Wähler in der Slowakei für die Demokratische Partei gestimmt.

mit sieben gegen drei Stimmen ab. Am folgenden Tag schlossen sich zwar die Vertreter der Demokratischen Partei in der Regierung dem Rücktritt der Minister der nationalsozialistischen und der Tschechoslowakischen Volkspartei an, vollzogen diesen Schritt jedoch eher aus Solidarität mit ihren tschechischen Amtskollegen denn aus der Überzeugung von der Richtigkeit der Demission. Im Blick auf dieses politische Verhalten muß berücksichtigt werden, daß die Demokratische Partei durch die Ereignisse im Herbst 1947 bis zu einem gewissen Grad geschwächt worden war und daß sich in der Partei gegensätzliche Strömungen bemerkbar machten. Die Partei stand vor der Notwendigkeit, ihre Reihen konsolidieren zu müssen und sich auf die kommenden Wahlen vorzubereiten.

Die Mobilisierung der ehemaligen Partisanen während der Regierungskrise stellte ein weiteres Spezifikum der Slowakei dar. Der Verband der slowakischen Partisanen war seit seiner Gründung ein Instrument der Politik der KPS. Da es in der Slowakei weniger Industriebetriebe gab als in Böhmen, wo die KPTsch vor allem im industriellen Sektor die Volksmilizen organisieren konnten, und da die Nutzung des Sicherheitsbereichs für die politischen Zielsetzungen der KPS dadurch erschwert wurde, da an der Spitze des Amtes des Beauftragten für das Innere mit General Mikuláš Ferjenčík ein Mann stand, der sich politisch zu Beneš orientierte, entschloß sich die KPS-Führung dazu, die Partisanen in die politischen Auseinandersetzungen einzubeziehen. Ende Februar 1948 wurden 3856 Partisanen mobilisiert, von denen 1624 unter Waffen standen. Die Volksmilizen zählten 6704 Mitglieder, die etwa zu einem Drittel bewaffnet waren³. Um sich das Machtmonopol zu sichern, griff die KPS auch auf den Staatssicherheitsdienst und den Nachrichtendienst des Amtes des Beauftragten für das Innere zurück, in dem sie über starken Einfluß verfügten. Über den Innenminister der ČSR, den Kommunisten Václav Nosek, erzwangen die slowakischen Kommunisten personelle Veränderungen in den Spitzenpositionen der Polizei in der Slowakei, so daß sich die Mehrheit der Angehörigen der Polizeikräfte den in der Februarkrise gebildeten Aktionsausschüssen zur Verfügung stellte.

In diesem Zusammenhang ist auf die Rolle bewaffneter Kräfte im Februarumsturz hinzuweisen. Die Führung der KPTsch ging nicht davon aus, daß es im Verlauf der Regierungskrise zu bewaffneten Zusammenstößen kommen würde, da sie hinreichende Informationen darüber besaß, daß die anderen Parteien in der Nationalen Front keinen bewaffneten Putsch vorbereiteten. Dessen ungeachtet rief die Partei zur Bildung der Volksmilizen auf und zog ausgewählte Einheiten der Sicherheitskräfte in Prag zusammen, um ihre Kraft und ihre Bereitschaft zu demonstrieren, den politischen Konflikt nach ihrer eigenen Konzeption zu regeln und ihre Widersacher einzuschüchtern. Diese politisch-psychologische Funktion haben die genannten bewaffneten Kräfte und in der Slowakei auch die Partisanen während des Februarumsturzes erfüllt.

Was die Sicherheitskräfte betrifft, so haben diese eine Reihe repressiver Maßnahmen durchgeführt. Zwischen dem 22. Februar und dem 1. März 1948 wurden in der Slowakei 173 Personen verhaftet, die sich zum großen Teil aus Funktionären und

³ Slowakisches Nationalarchiv (im folgenden zit. als SNA), Fonds Amt des Präsidiums des Slowakischen Nationalrats (im folgenden zit. als ÚP SNR), Karton 119.

und Aktivisten der Demokratischen Partei zusammensetzen⁴. Die Verhaftungen nahmen nur deshalb keinen Massencharakter an, weil das Vorgehen der Kommunisten auf keinen Widerstand traf und Präsident Beneš – nachdem die Regierungskrise fünf Tage lang gedauert hatte – in vollem Umfang die Vorschläge Gottwalds zur Beilegung der Krise akzeptierte. In der Armee besaßen die Kommunisten nur schwachen Einfluß und verlegten sich deshalb hier auf eine Strategie der Neutralisierung⁵.

Der nahezu synchrone, zeitlich nur in geringem Maße verschobene Ablauf der politischen Veränderungen in den einzelnen staatlichen Bereichen sowohl im Zentrum der Staatsmacht als auch in den Regionen ist ein charakteristisches Element des Februarumsturzes. Es belegt die Handlungsfähigkeit der kommunistischen Partei wie andererseits die Passivität und Resignation der demokratischen Kräfte. Die erste Veränderung auf Regierungsebene wurde in der Slowakei am 23. Februar im Kollegium der Beauftragten vorgenommen, also zu einem Zeitpunkt, als Beneš den Rücktritt der Minister noch nicht angenommen und sich der Zentrale Aktionsausschuß der Slowakischen nationalen Front noch nicht konstituiert hatte. Dieser wurde erst am 25. Februar gegründet. Gustáv Husák als Vorsitzender des Kollegiums der Beauftragten entließ die Beauftragten, die die Demokratische Partei vertraten, aus ihren Ämtern und begründete diese Maßnahme damit, daß der Rücktritt der Repräsentanten der Demokratischen Partei in der Regierung auch als Rücktritt der Beauftragten dieser Partei betrachtet werden müsse. Dementsprechend betraute Husák die anderen Beauftragten mit der Verwaltung der Ressorts, die zuvor der Demokratischen Partei unterstanden hatten. Diese Entscheidung war offenkundig gesetzwidrig, und Husák selbst war sich als Jurist dessen bewußt⁶. Das Präsidium des Slowakischen Nationalrats (SNR) hat die Beauftragten der Demokratischen Partei erst am 28. Februar rückwirkend abberufen und am 6. März acht neue Mitglieder des Kollegiums der Beauftragten ernannt. In dem neuen Exekutivorgan besetzten die slowakischen Kommunisten zehn von insgesamt 14 Ressorts.

Auch die machtpolitischen Veränderungen im SNR vollzogen sich auf andere Weise als in der Verfassungsgebenden Nationalversammlung in Prag. Bis zum 12. März, als der SNR zum ersten Mal nach dem Februarumsturz zusammentrat, verloren 30 Mitglieder des slowakischen Parlaments ihr Mandat. Der Aktionsausschuß der Demokra-

⁴ SNA, Fonds Amt des Beauftragten des Inneren, Sekretariat (im folgendne zit. als PV Sekr.), Karton 189.

⁵ Vor dem Februarumsturz 1948 gab es in der Slowakei rund 100 kommunistische Offiziere. In der Armee galt das Prinzip der Überparteilichkeit, das allen Parteien untersagte, in der Armee tätig zu werden. Verteidigungsminister Ludvík Svoboda gehörte keiner Partei an, sympathisierte aber eindeutig mit den Kommunisten. Oberbefehlshaber der Armee war der Präsident der Republik. Einiges deutet darauf hin, daß sich die KPTsch-Führung nicht sicher war, ob der Verteidigungsminister in kritischen Momenten dem Druck der nichtkommunistischen politischen Gruppierungen widerstehen würde. Rudolf Slánský, der Generalsekretär des ZK der KPTsch, äußerte bei der Gründungssitzung des Kominform in Szklarska Poręba (Polen) die Befürchtung, daß Svoboda dem Einfluß „reaktionärer Elemente“ erliegen könne. A d i b e k o v, Grigorij M.: Kominform i poslevoennaja Evropa 1947–1956 gg. [Das Kominform und Nachkriegseuropa in den Jahren 1947–1956]. Moskva 1994, 42.

⁶ P l e v z a, Viliam: Vzostupy a pády. Gustáv Husák prehovoril [Aufstieg und Fall. Gustáv Husák erzählt]. Bratislava 1991, 58–59.

tischen Partei berief 25 Mitglieder des SNR ab, drei Mitglieder des SNR traten freiwillig zurück, ein SNR-Mitglied für die sozialdemokratische Partei stellte sein Mandat zur Verfügung, und die KPS zwang ein Mitglied des SNR zum Rücktritt. Daraus geht hervor, daß die Mandate im SNR imperativen Charakter hatten, d. h., daß die Parteien über diese Mandate verfügten. Das imperative Mandat im SNR kam in der Weise zustande, daß der SNR kein gewähltes Organ darstellte, sondern ein Gremium, in das die einzelnen Parteien auf der Grundlage der Ergebnisse der Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung (1946) ihre Vertreter delegierten. Die Wähler in der Slowakei wählten also nicht konkrete Personen, sondern Parteien. Anders stellte sich die Situation im Prager Parlament dar, das aus ordentlichen Wahlen hervorgegangen war. Hier konnten die Aktionsausschüsse zwar Abgeordnete aus einer Partei ausschließen, ihnen jedoch nicht das Mandat entziehen, und dies auch dann nicht, wenn die Abgeordneten ihre Bindung an die jeweilige Partei auflösten. Allerdings zeigte sich, daß die Kommunisten mit diesem Problem verhältnismäßig leicht fertig wurden. Die „erneuerte“ Nationale Front konnte sich im Parlament sogar eine qualifizierte (verfassungsändernde) Mehrheit sichern, da ein erheblicher Teil der nichtkommunistischen Abgeordneten die neue Regierung Gottwald unterstützte⁷.

Ihre Macht über die Bezirke, Städte und Gemeinden erlangten die Kommunisten mit Hilfe der Aktionsausschüsse. Am 2. März 1948 wies das Amt des Beauftragten für das Innere die Bezirksnationalausschüsse an, sich den Entscheidungen der Aktionsausschüsse unterzuordnen⁸. Diejenigen Nationalausschüsse, in denen die Kommunisten nicht die Mehrheit besaßen, sollten aufgelöst und durch provisorische Verwaltungskommissionen ersetzt werden. Diese Anordnung hatte zur Folge, daß nur in 1136 von insgesamt 3348 Gemeinden die örtlichen Nationalausschüsse weiterexistierten. Bei den Bezirksnationalausschüssen blieben von insgesamt 79 nur sechs bestehen. Nach dem Abschluß der politischen Säuberung unter 36587 Mitgliedern der Nationalausschüsse gehörten diesen 26332 Mitglieder der KPS, 8412 Parteilose, 1506 Mitglieder der Partei der slowakischen Erneuerung und 337 Mitglieder der Freiheitspartei an⁹.

Die Leichtigkeit, mit der die Kommunisten im Februarumsturz den Sieg davontrugen, läßt sich nicht nur durch die Präsenz der Sowjetunion in Mitteleuropa erklären. Die dramatischen Ereignisse im vorangegangenen Jahrzehnt (1938–1948) hatten den Boden für die Errichtung des kommunistischen Systems bereitet. Die bürgerliche Gesellschaft war in ihren Grundfesten erschüttert worden, traditionelle Werte hatten ihre Bedeutung verloren, das Vertrauen in liberale Regelungen der gesellschaftlich-politischen Konflikte war geschwunden, das Gewicht der Rolle des Staates hatte zugenommen usw. Zudem hatten sich die ältere wie die mittlere Generation an Umbrüche

⁷ Für das Regierungsprogramm vom 11. März 1948 stimmten alle 230 anwesenden Abgeordneten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. KPTsch und KPS besaßen zusammen 114 Abgeordnete. Nimmt man an, daß alle Abgeordneten anwesend waren, so sprachen 116 nichtkommunistische Abgeordnete der neuen Regierung das Vertrauen aus und damit 62 Prozent aller (186) nichtkommunistischen Abgeordneten.

⁸ SNA, Fonds PV Sekr., Karton 88.

⁹ SNA, Fonds PV Sekr., Karton 131.

der politischen Entwicklung (1918, 1939, 1944–1945) gewöhnt, und die Februarereignisse erschienen ihnen anfangs keineswegs als etwas Außerordentliches. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, darunter die Angehörigen der Intelligenz, machte sich die tatsächliche Reichweite des Februarumsturzes bewußt, während die Mehrheit nicht wußte, worum es bei dieser Auseinandersetzung ging. Hinzu kam, daß Regierungskrise und Staatsstreich zusammenfielen und dieser sowohl durch den Präsidenten als auch durch das tschechoslowakische Parlament legalisiert wurde. Wenige Tage nach dem Februarumsturz unterzeichneten 490 führende Persönlichkeiten und Repräsentanten des slowakischen kulturellen Lebens einen Aufruf, in dem sie die politischen Veränderungen begrüßten. Nicht wenige waren wie gebannt von der Vision sozialer Gerechtigkeit, die sich nun zu eröffnen schien, andere hofften auf die Industrialisierung der Slowakei. Die kommunistischen Versprechen erschienen in der Tat großzügig und verlockend. Auch wenn den Menschen manches zunächst nicht gefiel, trösteten sie sich doch damit, daß mit der Zeit alles zurechtgerückt werden würde, daß nichts so heiß gegessen werde, wie es gekocht wird.

Der vielleicht größte Teil der erwachsenen Bevölkerung hat den mit dem Februarumsturz eingetretenen Veränderungen keinen Beifall gespendet, diese aber auch nicht zu verhindern versucht. Unter dem Gesichtspunkt ihrer Einstellung zur kommunistischen Herrschaft zeigt diese Bevölkerungsgruppe eine breite Differenzierung. Schweigen und Passivität war bei den einen Ausdruck der Gleichgültigkeit und der politischen Indifferenz, bei anderen der Furcht, hier des passiven Widerstandes, dort wortlosen Einverständnisses. Der Mechanismus einer erzwungenen Demonstration von Zustimmung funktionierte damals noch nicht. Im Verlauf der Februarereignisse trafen die Kommunisten, wie erwähnt, auf keinen nennenswerten Widerstand, und so muß die Niederlage der demokratischen Kräfte als geradezu vernichtend bezeichnet werden. Die Emigration nach dem Februar 1948 hat dann dem Komplex dieser Niederlage lange gelitten und kehrte immer wieder zu ihm zurück, um ihre Absichten zu erklären, ihr eigenes Tun und Nichttun. Tatsache ist, daß die demokratischen Gruppierungen auf außerparlamentarische Formen des politischen Machtkampfes einfach nicht vorbereitet waren: In diesem Sinne waren sie schon machtlos, bevor sie die Macht verloren. Viele Protagonisten der bürgerlichen Parteien machten sich den Ernst der Situation in der Februarkrise nicht bewußt, erlitten durch den heftigen Gegenangriff der Kommunisten geradezu einen Schock, wurden von Angst und Hoffnungslosigkeit überwältigt. Die Ablehnung des kommunistischen Regimes zeigte sich in den Frühjahrsmonaten 1948 vor allem in der Flucht ins Ausland, in Flüsterpropaganda und der Verbreitung von Flugblättern.

Mit der Übernahme der Macht leiteten die Kommunisten eine politische Säuberung ein, die – wie oben schon angedeutet – über die Aktionsausschüsse der Nationalen Front durchgeführt wurde und sich auf die nichtkommunistischen Parteien, die gesellschaftlichen Organisationen, die öffentliche Verwaltung, den Staats- und Wirtschaftsapparat sowie die kulturelle Institution erstreckte, in den Betrieben dagegen von den Betriebsräten übernommen wurde, ohne daß diese sich dabei – so wenig wie die Aktionsausschüsse – auf eine rechtliche Grundlage stützen konnten. Erst am 21. Juli 1948, als die Säuberung im Grunde bereits beendet war, verabschiedete die Nationalversammlung ein Gesetz über die Regelung einiger Verhältnisse zum Schutz

des öffentlichen Interesses, in dem festgestellt wurde, daß alle Maßnahmen und Entscheidungen der Aktionsausschüsse zum Schutz der volksdemokratischen Ordnung und zum Zweck der Säuberung auch dann rechtmäßig seien, wenn sie nicht im Einklang mit der Rechtsordnung stünden¹⁰. Die Säuberung richtete sich gegen die politischen und ideellen Gegner der kommunistischen Partei und betraf in der Slowakei insbesondere Funktionäre und Anhänger der Demokratischen Partei. Opfer der politischen Verfolgung wurden auch ehemalige exponierte Mitglieder der Volkspartei Hlinkas, sofern sie öffentliche Ämter ausübten, in den Jahren 1945–1948 in der staatlichen Verwaltung tätig gewesen waren oder sich der Strafverfolgung in diesem Zeitraum entzogen hatten.

Insgesamt wurden 1573 Personen existentiell betroffen, von denen 762 ihren Arbeitsplatz verloren¹¹, während die restlichen pensioniert, ihrer Ämter enthoben, in Urlaub geschickt oder versetzt wurden. Hinzu kommen 160 Berufsoffiziere, die das Ministerium der nationalen Verteidigung unter Fortzahlung ihrer Bezüge in den Urlaub schickte, womit sich eine Zahl von 1733 Personen ergibt, deren beruflich-soziale Existenz durch den Februarumsturz vernichtet oder stark beeinträchtigt wurde¹². Die Gesamtzahl dieses Personenkreises lag jedoch erheblich höher. Etwa 25 000 Vertreter der nichtkommunistischen Parteien in den Nationalausschüssen und Verwaltungskommissionen verloren ihre Mitgliedschaft in diesen staatlichen Organen; hinzugezählt werden müssen die Opfer der Säuberungen in Vereinen, Interessenverbänden, unter den Hochschulstudenten usw. Unter diesen Voraussetzungen kann man die Gesamtzahl der in der Slowakei durch die politischen Ereignisse Betroffenen auf 35 000–40 000 Personen schätzen. Dabei kann man nicht davon ausgehen, daß die repressiven Eingriffe in die Existenz dieser Personen einen einmaligen Akt darstellen; viele der Betroffenen blieben von dieser „Aussonderung“ ihr ganzes Leben lang gezeichnet. Die Säuberung nach dem Februarumsturz war die erste politisch motivierte massenhafte Verfolgung nach der Errichtung des Machtmonopols der KPTsch, mit der zugleich der Höhepunkt des politischen Machtkampfes erreicht wurde. Spätere Säuberungen hingen mit der Aufrechterhaltung der Macht der kommunistischen Partei und mit dem Umbau der Gesellschaft nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus zusammen.

Schon kurz nach dem Februarumsturz 1948 wurde damit begonnen, repressive Maßnahmen zu intensivieren, doch eine starke Zunahme der einschlägigen Anordnungen und Erlasse setzte erst im Herbst 1948 ein und wurde bis zum Jahr 1953 fortgeführt. Am 23. März 1948 verabschiedete der SNR die Verordnung über die Einrichtung von Arbeitsbrigaden¹³. Auf ihrer Grundlage wurde beim Amt des Beauftragten für das Innere eine Sonderkommission gebildet, die über die Höhe des Strafmaßes entschied, ohne daß dabei ein Gerichtsverfahren stattfand. Bis zum Ende des Jahres 1948 wurden 1608 Personen den Arbeitsbrigaden zugeteilt; etwas mehr als 61 Prozent

¹⁰ Nr. 213/1948 Sb.

¹¹ SNA, Fonds Zentraler Aktionsausschuß der Slowakischen Nationalen Front (im folgenden zit. als ÚAV SNF), Karton 87.

¹² SNA, Fonds PV Sekr., Karton 193.

¹³ Nr. 7/1948 Sb SNR.

davon stellten sogenannte politische und wirtschaftliche Saboteure¹⁴. Die Verschärfung der Strafverfolgung für Vergehen im wirtschaftlichen Bereich dokumentiert ein von der Nationalversammlung am 25. März 1948 angenommenes Gesetz, mit dem die Retributionsgerichtsbarkeit wiederhergestellt wurde¹⁵. Zwischen dem 1. April und dem 31. Dezember 1948 verhandelten die Volksgerichte in der Slowakei 1717 Fälle, von denen 903 mit einer Verurteilung, 814 mit einem Freispruch endeten. Überwiegend wurden harte Urteile gefällt; die durchschnittliche Freiheitsstrafe lag bei fünf Jahren, fünf Monaten und 20 Tagen. In elf Fällen wurden die Angeklagten zum Tode verurteilt. Daneben hoben die Volksgerichte 210 bereits vorher ergangene Urteile wieder auf¹⁶.

Am 22. März 1948 beschloß das Präsidium des ZK der KPTsch, in der Slowakei mit der Durchführung von politischen Prozessen zu beginnen. Von April bis Juni 1948 fanden in Bratislava die ersten politischen Prozesse nach dem Februarumsturz statt. Zwischen dem 19. und 29. April standen 17 Angeklagte vor dem Staatsgericht in Bratislava, darunter auch Ján Ursíny, ein ehemaliger führender Repräsentant der Demokratischen Partei und stellvertretender Ministerpräsident der tschechoslowakischen Regierung, sowie sein Pressesekretär Otto Obuch. Dieser Prozeß endete mit der Verurteilung von 16 Angeklagten zu einer Gesamtstrafe von 99 Jahren und verhängte über Ursíny eine Gefängnisstrafe von sieben Jahren. Im Mai 1948 folgte, wiederum in Bratislava, ein weiterer politischer Prozeß gegen eine zehnköpfige Gruppe von „Verschwörern“, unter denen sich mit den beiden ehemaligen Generalsekretären der Demokratischen Partei und Abgeordneten Miloš Bugár und Ján Kempný sowie dem Abgeordneten Jozef Staško erneut Spitzenfunktionäre dieser Partei befanden. Am 15. Mai erging das Urteil des Gerichts, das Freiheitsstrafen von insgesamt 37 Jahren und neun Monaten verhängte (Bugár wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, Kempný und Staško zu jeweils sechs Jahren Gefängnis), wobei die Anklage auf „Verbindung mit der Emigration und staatsfeindliche Tätigkeit“ lautete¹⁷. Einen Monat später stand eine Gruppe aus Žilina mit Anton Meltzer an der Spitze vor Gericht, der ebenfalls „staatsfeindliche“ Tätigkeit vorgeworfen wurde.

Die ersten politischen Prozesse nach dem kommunistischen Staatsstreich waren bereits seit dem Herbst 1947 im Anschluß an die Aufdeckung einer vom Staatssicherheitsdienst konstruierten „staatsfeindlichen Verschwörung“ vorbereitet worden. Ursprünglich sollten sie die These der kommunistischen Partei von einer weitverzweigten staatsfeindlichen Tätigkeit der „Reaktion“ im In- und Ausland bestätigen und führende Funktionäre der Demokratischen Partei und ihre Politik zumal im Hinblick auf Vereinbarungen mit dem politischen Katholizismus kompromittieren. Nach dem Februarumsturz wurde der Zweck, dem die politischen Prozesse zu dienen hatten,

¹⁴ Zelenák, Peter: *Socializácia živností na Slovensku* [Die Sozialisierung des Kleingewerbes in der Slowakei]. Bratislava 1988, 49 (Historické štúdie).

¹⁵ Nr. 33/1948 Sb.

¹⁶ SNA, Fonds Amt des Präsidiums des Kollegiums der Beauftragten (im folgenden zit. als ÚP ZP), Signatur ZP, Karton 42.

¹⁷ Staatliches Gebietsarchiv in Bratislava (im folgenden zit. als ŠOBA). Fonds Staatsgericht, Nr. HP 4/48 a.

insofern geändert, als diese nun beweisen sollten, daß der „siegreiche Februar“ die tschechoslowakische Republik gerettet hatte.

Mit dem Februarumsturz 1948 wurde nicht nur definitiv über die Frage entschieden, in wessen Händen künftig die politische Macht liegen würde, sondern auch über das Schicksal der nichtkommunistischen Parteien wie über die Gestaltung des politischen Systems überhaupt.

Damit ist jedoch keineswegs gesagt, daß die Kommunisten eine klare Vorstellung davon besaßen, welche Schritte sie nach der Machtübernahme unternehmen und welches politische System sie errichten würden. Zwar stand ihnen das Muster der Sowjetunion vor Augen, doch den Weg dorthin mußten sie zunächst noch suchen. Bald sollte sich freilich zeigen, daß das Ziel in erheblichem Maße auch den Weg zu diesem bzw. die Mittel und Methoden bestimmen würde, die angewandt wurden, um dieses Ziel zu erreichen. Zunächst tauchte die Frage auf, was mit den nichtkommunistischen Parteien geschehen sollte. Die Antworten auf diese Frage fielen unterschiedlich aus, auch wenn sich alle darin einig waren, daß der politische Pluralismus vor dem Februar 1948 beseitigt werden müsse. Endgültig geklärt wurde das Problem durch die Plenarsitzung des ZK der KPTsch im Juni 1948, die sich für das Fortbestehen der nichtkommunistischen Parteien als Satellitenparteien der KPTsch bzw. der KPS entschieden und damit für eine Lösung, die die nichtkommunistischen Parteien faktisch zu Pseudo- oder Potemkinschen Parteien degradierte. KPTsch und KPS hatten sich schon zuvor darum bemüht, den Einfluß der nichtkommunistischen Parteien durch eine organisierte Mitgliederwerbung für die eigene Partei zu schwächen. Diese Kampagne war bereits 1947 im Rahmen der Vorbereitung auf die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung gestartet worden, nahm aber erst nach dem Februarumsturz größere Dimensionen an. Nun wurde auch ihre Zielsetzung in der Weise geändert, daß sich die Kampagne an die Mitgliederbasis der in Auflösung begriffenen anderen Parteien richten sollte. Noch im Februar 1948 gaben 10 193 Personen ihre Anmeldung als neue Mitglieder der KPS ab, im März waren es 58 314, im April 61 299, im Mai 36 291 und allein zwischen dem 1. und dem 10. Juni 1948 11 880 Personen, sodaß die KPS insgesamt 177 977 neue Mitglieder hinzugewann. Das Ziel, das sich die Parteiführung gesteckt hatte, nämlich bis zum 1. Mai 236 400 neue Mitglieder anzuwerben, wurde damit zwar nicht erreicht, doch hatte sich der Mitgliederbestand der KPS bis zum August 1948 verdoppelt, als die Partei 407 150 Mitglieder zählte¹⁸. Die Anwerbung neuer Mitglieder aus den anderen Parteien rief den Unwillen der KPS-Mitglieder hervor, die der Partei schon vor dem Februarumsturz angehört hatten und nun mit ihren politischen Gegnern von Gestern unter einem Dach wohnen mußten. Das Präsidium des ZK der KPS bestand jedoch darauf, daß die Anwerbungskampagne bis zum Juli 1948 fortgesetzt wurde und bezeichnete die Einwände der alten Parteimitglieder als „sektiererische Abweichungen“.

Legt man formale Gesichtspunkte zugrunde, so war die Demokratische Partei nach dem Februarumsturz weder aufgelöst noch verboten. Die Tätigkeit der Partei wurde allerdings durch politische und administrative Maßnahmen gelähmt, und sie fiel in der

¹⁸ SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 2324.

Tat binnen weniger Tage auseinander. Dieser schnelle Zerfall der Demokratischen Partei kam auch für die KPS-Führung überraschend. Noch am 1. März 1948 hatte das Präsidium des ZK der KPS den Beschluß gefaßt, eine Bauernpartei zu gründen, die vermutlich als eine Art Gegengewicht zur Demokratischen Partei dienen und einen Teil ihrer Mitglieder und Sympathisanten auffangen sollte¹⁹. Der Beschluß des Politbüros brauchte nun nicht mehr verwirklicht zu werden, da er von den Ereignissen überholt worden war. Daß die Demokratische Partei so rasch auseinanderfiel, hatte vielfältige Ursachen und hing jedenfalls nicht allein mit den politischen und administrativen Repressionen zusammen, denen sich die Partei nach dem Februarumsturz ausgesetzt sah. Die Demokratische Partei war eine junge Partei mit einer heterogenen Zusammensetzung, die ein entsprechend differenziertes Meinungsspektrum und widersprüchliche Konzeptionen unter ihren Mitgliedern bedingte. Nach dem Februarumsturz war ein Teil der führenden Funktionäre emigriert, viele Parteimitglieder mußten den Gang ins Gefängnis antreten, andere wechselten zur KPS über und wieder andere engagierten sich außerhalb der KPS als Sympathisanten dieser Partei. Die Masse der Mitglieder der Demokratischen Partei befand sich in einem Zustand der Desorientierung, und es kam vor, daß ganze Ortsorganisationen der Partei geschlossen zur KPS übertraten. Während der Februarereignisse formierten sich in der Demokratischen Partei drei Gruppen, die in Opposition zur damaligen Parteiführung standen und ihre Bereitschaft bekundeten, mit der KPS zusammenzuarbeiten: eine Gruppe um Milan Polák, eine zweite um Ján Ševčík und eine dritte unter Führung von Jozef Kyselý. Jede dieser Gruppen entwickelte sich selbständig, handelte auf eigene Faust und wollte die Mitglieder der Demokratischen Partei auf ihre Seite ziehen. Auf Empfehlung des KPS-Vorsitzenden Široký schlossen sich diese drei Gruppierungen im Aktionsausschuß der Demokratischen Partei zusammen und gründeten im März 1948 die Partei der slowakischen Erneuerung, die sich von dem politischen Kurs distanzierte, den die Demokratische Partei vor dem Februar 1948 gesteuert hatte. Um der neuen Partei Mitglieder zuzuführen, wandte sich die Parteiführung an mehrere ehemalige Funktionäre der Demokratischen Partei und rief diese dazu auf, Ortsorganisationen zu gründen. Dieser Aufruf stieß zum einen auf Desinteresse und hatte zum anderen deshalb keinen Erfolg, weil die Bezirks- und Ortssaktionsausschüsse der Nationalen Front, in denen die Kommunisten über die Mehrheit verfügten und das letzte Wort hatten, den Aufbau einer Mitgliederbasis der neuen Partei verhinderten. Deshalb wählte die KPS die Funktionäre der Partei der slowakischen Erneuerung faktisch selbst aus²⁰. In der slowakischen Nationalen Front wurde andererseits grundsätzlich festgelegt, daß sich die Partei der slowakischen Erneuerung nicht darauf konzentrieren sollte, ehemalige Mitglieder der Demokratischen Partei anzuwerben, sondern neue Anhänger gewinnen müsse. Da jedoch zur gleichen Zeit die KPS um neue

¹⁹ SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

²⁰ Auf Anweisung des Beauftragten für das Innere arbeitete die Sicherheitsabteilung seines Amtes am 8. April 1948 zwei Verzeichnisse der ehemaligen Funktionäre der Demokratischen Partei aus, von denen das erste Berichte von 27 Funktionären enthielt, die für weitere Zusammenarbeit in Frage kamen. Im zweiten Verzeichnis wurden 77 Funktionäre angeführt, mit denen eine Zusammenarbeit nicht empfohlen wurde. SNA, Fonds PV Sekr., Karton 190.

Mitglieder warb, traten diejenigen, die sich politisch engagieren wollten, eher in die KPS als in die Partei der slowakischen Erneuerung ein. So gerieten die Führungskräfte dieser Partei in die Situation von Generälen ohne Heer. Ihre Partei verfügte zwar über eine eigene Zeitung (*L'ud*), war in der Regierung und im Kollegium der Beauftragten vertreten, entsandte auch einige Abgeordnete in die Nationalversammlung und den SNR, besaß aber weder ein eigenes Programm, noch konnte sie sich auf eine eigene Mitgliederbasis stützen.

Ein ähnliches Schicksal erlitt auch die Freiheitspartei. Deren Führung hatte während des Februarumsturzes zwischen den Fronten laviert, einerseits war die Demission der Minister der drei nichtkommunistischen Parteien verurteilt, andererseits aber waren auch die kommunistischen Vorschläge zur Beilegung der Regierungskrise und die Gründung der Aktionsausschüsse der Nationalen Front nicht gebilligt. Erst am 26. Februar, als alles bereits entschieden war, stellte sich die Partei auf die Seite der Sieger und sprach sich für die neue Regierung Gottwald aus, in der sie mit Vavro Šrobár auch einen Vertreter besaß. Diese Umorientierung bewahrte die Partei jedoch nicht vor der Säuberung. Mehrere ihrer führenden Funktionäre emigrierten nach dem Februarumsturz. Während die Freiheitspartei vor dem Staatsstreich etwa 15 000 Mitglieder besaß, schätzte die Parteiführung deren Zahl im Sommer 1948 auf nur noch 4000–5000. Bei diesen handelte es sich zudem eher um Sympathisanten als um wirkliche Parteimitglieder, da die Freiheitspartei – abgesehen von ihrem Zentralsekretariat – über keine weiteren Organe und Organisationen verfügte. Die Tätigkeit der Partei reduzierte sich auf die Herausgabe der Zeitung *Sloboda*, die sich jedoch nicht allzusehr von der kommunistischen Presse unterschied. Einige Mitglieder der Parteiführung vertraten denn auch die Auffassung, daß sie nicht zögern würden, die Partei aufzulösen, wenn die KPS einen solchen Schritt nicht als Provokation betrachten würde²¹.

Der Tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei in der Slowakei war nach dem Februarumsturz kein langes Leben vergönnt. Am 15. April löste die Parteiführung die Partei auf und forderte ihre Mitglieder dazu auf, der KPS beizutreten.

Auch im Hinblick auf die Wahlen zur Nationalversammlung waren sich die Kommunisten nicht von Anfang an darüber im klaren, wie sie vorgehen sollten. Ende März vertrat die KPTsch-Führung die Auffassung, daß die Parteien die Wahlen mit einer eigenen Kandidatenliste bestreiten würden, wobei sie erwartete, daß die KPTsch mindestens 75 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen würde. Als die Bezirksorganisationen der KPTsch der Parteiführung ihre Prognosen für die Wahlen mitteilten, die davon ausgingen, daß der KPTsch 58–59 Prozent der Wählerstimmen zufallen würden, änderte die Parteiführung ihren Standpunkt. Der geschätzte Stimmenanteil erschien den führenden Vertretern der KPTsch als zu gering, um die anderen Parteien in die Knie zwingen zu können und vor der Welt die Berechtigung des Februarumsturzes 1948 zu demonstrieren. Hinzu kamen Befürchtungen, daß der Wahlkampf zu einer Regeneration der anderen Parteien führen werde. Am 5. April beschloß daher das Präsidium des ZK der KPTsch, daß die Wahlen auf der Grundlage einer

²¹ SNA, Fonds PV (Sicherheitsabteilung), Karton 503.

Einheitsliste durchgeführt werden sollten²². Die nichtkommunistischen Parteien, die sich in einem beklagenswerten Zustand befanden, stimmten diesem Beschluß zu.

Von Anfang an herrschte in der KPS im Blick auf die Wahlen zur Nationalversammlung nur gedämpfter Optimismus. Nach den Erfahrungen des Jahres 1946 befürchteten die slowakischen Kommunisten, daß die Kirche in den Wahlkampf eingreifen würde. Daher beschloß das Präsidium des ZK der KPS am 9. Januar, bei den Verhandlungen mit den Repräsentanten der katholischen Kirche eine Strategie der „Neutralisierung“ des Klerus zu verfolgen, die das Bischofskollegium oder andere kirchliche Organisationen daran hindern sollte, in den Wahlkampf zugunsten einer Partei einzugreifen²³. Der Verband der slowakischen Partisanen trat schon Ende 1947 mit dem Vorschlag an die Öffentlichkeit, daß die Parteien bei den kommenden Wahlen einen Block bilden sollten. Ende Februar und Anfang März 1948 erhoben einige Bezirksorganisationen des Verbandes der slowakischen Partisanen abermals die Forderung nach einer Einheitsliste bei den Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament²⁴. Auch die KPTsch-Führung neigte zu dieser Forderung, und dies noch zu einer Zeit, als man in den böhmischen Ländern mit eigenen Kandidatenlisten der Parteien rechnete, und sie begründete ihre Auffassung damit, daß in der Slowakei „der Klerus noch großes Gewicht hat“²⁵. Die Furcht vor dem katholischen Klerus schwand auch dann nicht, als die Entscheidung für die Einheitsliste gefallen war. In der Tat befürchteten die Kommunisten, daß ein erheblicher Teil der slowakischen Bevölkerung unter dem Einfluß des Klerus seine oppositionelle Einstellung durch die Abgabe weißer (leerer) Stimmzettel dokumentieren würde. Am 8. April befaßte sich das Präsidium des ZK der KPS mit dieser Frage, legte den Schlüssel für die Verteilung der Mandate fest, wonach die nichtkommunistischen Parteien 25–27 Prozent erhalten sollten, und beschloß, daß der Zentrale Aktionsausschuß der Slowakischen Nationalen Front Verhandlungen mit führenden Kirchenvertretern aufnehmen sollte. Diese zielten darauf ab, sich der Zustimmung der Kirche zur Einheitsliste zu versichern, wobei keinerlei Kompromisse – vor allem in der Frage des kirchlichen Grundeigentums und der kirchlichen Schulen – angeboten werden sollten²⁶. Die katholische Kirche hat sich bei den Verhandlungen nicht für die Einheitsliste ausgesprochen, rief dann andererseits auch die Gläubigen nicht dazu auf, mit weißen Stimmzetteln zu stimmen. Sofern dies dennoch geschah, ging dies auf die Initiative einzelner Priester oder Bischöfe zurück. Nach Berichten kommunistischer Funktionäre hat der Klerus gleichwohl das Wahlergebnis in mehreren Bezirken beeinflusst²⁷.

²² Kaplan, Karel: *Československo v letech 1948–1953. Zakladatelské období komunistického režimu* [Die Tschechoslowakei 1948–1953. Die Gründungsphase des kommunistischen Regimes]. Bd. 2. Praha 1991, 41.

²³ SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

²⁴ SNA, Fonds ÚP SNR, Karton 119.

²⁵ Kaplan: *Československo v letech 1948–1953*, 41.

²⁶ SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

²⁷ Die meisten weißen Stimmzettel wurden in der Tat in den Wahlbezirken gezählt, in denen die katholische Kirche über starken Einfluß verfügte. Dazu gehörten Námestovo, wo die weißen Stimmzettel einen Anteil von 72,8 Prozent an allen Stimmzetteln erreichten, Spišská Stará Ves

Offiziell begründete die Führungsspitze der KPTsch die Zusammenstellung einer Einheitsliste damit, daß das Volk für die Einheit eintrete. Meinungsumfragen im April 1948 zeigten jedoch, daß sich 61 Prozent der befragten Personen für eine selbständige Kandidatur der Parteien aussprachen und nur 23 Prozent der Einheitsliste zustimmten²⁸. Das Gesetz über die Wahlen zur Nationalversammlung vom 16. April 1948 dehnte – verglichen mit dem Gesetz über die Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung aus dem Jahr 1946 – das Verbot der Ausübung des Wahlrechts auf diejenigen Personen aus, die von den Säuberungen nach dem Februarumsturz betroffen waren. Zugleich ließ es die Möglichkeit oppositioneller Kandidatenlisten zu, wenn für diese 1000 Unterschriften beigebracht werden konnten. Die realen Verhältnisse – Unmöglichkeit der Agitation für derartige Listen, Gefahr der Verfolgung usw. – erlaubten es jedoch nicht, daß von dieser formalen Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde.

Die Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament fanden am 30. Mai 1948 statt. In der Slowakei stimmten 85,9 Prozent der Wähler für die Einheitsliste, knapp über 14,1 Prozent der Wähler gaben weiße oder ungültige Stimmzettel ab. Über 126 000 Personen bzw. fast sieben Prozent der in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Bürger gingen nicht zu den Wahlurnen. Da in der ČSR Wahlpflicht bestand, drohte diesen Personen Strafverfolgung. Obwohl es sich um eine beträchtliche Anzahl von Personen handelte, kamen der KPS-Vorsitzende Široký und der Beauftragte für das Innere Daniel Okáli überein, daß Strafverfolgung nur in den Fällen eingeleitet werden sollte, in denen der Verdacht bestand, daß mit der Nichtbeteiligung an den Wahlen eine feindselige Einstellung zur ČSR und ihrer gesellschaftlich-politischen Ordnung bekundet werden wollte²⁹. Am 31. Mai nahm das Präsidium des ZK der KPS zum Ergebnis der Wahlen Stellung und beschloß: „Das Wahlergebnis soll in einer innerparteilichen Kampagne gewürdigt werden. Zugleich soll in großem Maßstab Selbstkritik geübt werden.“³⁰ Die Selbstkritik sollte die Parteifunktionäre in denjenigen Bezirken betreffen, in denen ein hoher Anteil weißer Stimmzettel verzeichnet worden war. Am 4. Juni 1948 fand eine Beratung der Gebietssekretäre der KPS statt, die sich ebenfalls mit dem Wahlergebnis befaßte. Einige Sekretäre sprachen dabei offen darüber, daß in vielen Gemeinden das Prinzip der geheimen Wahl absichtlich verletzt worden sei, um ein für die Partei günstigeres Wahlergebnis zu erzielen, und daß die Ergebnisse außerdem „korrigiert“ worden seien, um den Prozentsatz der weißen Stimmzettel zu senken³¹. Die Wahlen spiegelten also nicht nur deshalb die realen politischen Kräfteverhältnisse nicht wider, weil sie totalitären Charakter hatten, sondern auch deshalb, weil sie obendrein noch gefälscht wurden.

(42,7 Prozent), Trstená (39,4 Prozent) und Dolný Kubín (39,1 Prozent). Die kommunistischen Funktionäre behaupteten, die slowakischen Bischöfe hätten ein Flugblatt verbreitet, in dem sie die Gläubigen dazu aufforderten, bei den Wahlen mit weißen Stimmzetteln zu stimmen. Die Bischöfe leugneten dies. In jedem Fall war der Einfluß der katholischen Kirche auf das Wahlergebnis des Jahres 1948 geringer als 1946.

²⁸ SNA, Fonds PV Sekr., Karton 191.

²⁹ SNA, Fonds PV Sekr., Karton 189.

³⁰ SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 789.

³¹ SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 2111.

Die Führung der kommunistischen Partei besaß schließlich auch kein klares Konzept im Hinblick auf die Nationale Front und ihren Platz in dem neuen politischen System. Die Aktionsausschüsse der Nationalen Front waren als Instrumente der Machtübernahme entstanden und stellten eine politische Realität dar, ohne daß Klarheit darüber bestand, welche Aufgabe sie unter gesamtpolitisch gewandelten Bedingungen erfüllen sollten. Als Organe, die an der Wiege der neuen Machtverhältnisse gestanden und diesen zum Durchbruch verholfen hatten, meldeten die Aktionsausschüsse erhebliche Machtansprüche an, die sie in Konflikt mit den Nationalausschüssen brachten. Aus diesem Grunde berief das Amt des Beauftragten für das Innere für den 19. und 20. März 1948 eine Beratung ein, an der die Vorsitzenden der Bezirksnationalausschüsse, der provisorischen Bezirksverwaltungscommissionen und der Bezirksaktionsausschüsse der Nationalen Front teilnahmen. Führende Funktionäre der KPS versuchten auf diesem Forum klarzustellen, welche Rolle die Aktionsausschüsse im Verhältnis zu den Nationalausschüssen spielen sollten. Die Aktionsausschüsse seien ständige Einrichtungen, sie besäßen Entscheidungs-, jedoch keine exekutiven Kompetenzen und könnten daher auch die Nationalausschüsse nicht ersetzen, sondern müßten mit diesen zusammenarbeiten. Die Entscheidungen der Aktionsausschüsse seien jedoch verbindlich. Andere Fragen der Konstruktion der Nationalen Front wurden auf dieser Beratung nicht geklärt, etwa die, daß anfangs häufig dafür plädiert wurde, die Aktionsausschüsse in der Verfassung zu verankern und der erneuerten Nationalen Front den Status des höchsten politischen Führungsorgans zu verleihen. Weitere Überlegungen sahen vor, der Nationalen Front Koordinierungs- und Kontrollfunktionen zu übertragen oder sie in eine Massenorganisation mit individueller Mitgliedschaft umzuwandeln³². Schon die ersten Wochen der Tätigkeit der erneuerten Nationalen Front zeigten, daß sich diese von der Nationalen Front vor dem Februarumsturz, die eine Art volksdemokratische Koalition dargestellt hatte, deutlich unterschied. Neben den Parteien integrierte die Nationale Front auch gesellschaftliche Organisationen (Gewerkschaften, bäuerliche Interessenvertretungen, Jugend- und Widerstandsorganisationen), wodurch die dominierende Stellung der KPS in der Nationalen Front unterstrichen wurde. Das Organisationsgefüge der Nationalen Front reichte von den örtlichen Organisationen bis zu den zentralen Führungsorganen. Während in der Nationalen Front vor dem Februarumsturz verbindliche Beschlüsse einstimmig gefaßt werden mußten, fanden in der erneuerten Nationalen Front Abstimmungen statt, bei denen sich die Minderheit der Mehrheit und die unteren den höheren Organen unterordnen mußten. Damit verlor die Nationale Front ihre Funktion als die Machtarena, in der ein politischer Interessenausgleich vollzogen werden konnte. Der Tätigkeitsbereich der Aktionsausschüsse der Nationalen Front, die während und unmittelbar nach dem Februarumsturz, wie erwähnt, eine autoritative Machtposition innehatten, wurde allerdings bald zunehmend eingeeengt. Nach der Beendigung der Säuberungen verloren sie schrittweise ihre Funktion und verwandelten sich schließlich in bloß formale Institutionen. In die Verfassung wurden die Aktionsausschüsse nicht aufgenommen. Ihre Ortsorganisationen lösten sich mit

³² Kaplan: *Československo v letech 1948–1953*, 24.

der Zeit auf, und die Aufgabe derjenigen Ausschüsse, die bestehen blieben, reduzierte sich darauf, als „Transmissionsriemen“ zu den nichtkommunistischen Parteien zu fungieren und das Machtmonopol der kommunistischen Partei zu kaschieren³³.

Die Regelung des tschechisch-slowakischen Verhältnisses gehörte zu den Schlüsselfragen der Nachkriegspolitik in der Tschechoslowakei. Nachdem die slowakischen nationalen Organe während des Slowakischen Nationalaufstandes auf revolutionärem Wege entstanden waren, hatte das Kaschauer Regierungsprogramm vom April 1945 diese akzeptiert und den Grundsatz der Gleichberechtigung von Tschechen und Slowaken verkündet. Da sich die Verfassung des Jahres 1920 auf die Fiktion einer tschechoslowakischen Nation gründete und slowakische nationale Organe nicht erwähnte, ergab sich die Notwendigkeit, die neuen tschechisch-slowakischen Beziehungen auf eine verfassungsrechtliche Grundlage zu stellen. Die Parteien kamen überein, daß die Verfassungsgebende Nationalversammlung diese Frage bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung klären sollte; bis zur Verabschiedung der Verfassung würden die tschechisch-slowakischen Beziehungen durch politische Vereinbarungen geregelt werden. Die Vertreter der slowakischen Parteien erhoben anfangs die Forderung nach einer föderativen Umgestaltung der ČSR. Nachdem die tschechischen Parteien dieses Postulat abgelehnt hatten, beschränkten sich die Verhandlungen zwischen beiden Seiten auf die Frage der Festlegung der Kompetenzen der slowakischen nationalen Organe und ihres Verhältnisses zu den gesamtstaatlichen Organen, d. h. zum Staatspräsidenten, zur Regierung und zur Nationalversammlung. Nach dem dritten Prager Abkommen, das am 27. Juni 1946 geschlossen wurde, gerieten der SNR und das Kollegium der Beauftragten in Abhängigkeit von der Regierung, und ihre Kompetenzen wurden beträchtlich eingeschränkt. Die slowakischen Kommunisten gehörten zunächst ebenfalls zu den Verfechtern einer föderativen Ordnung, die den slowakischen nationalen Organen breite Rechtsbefugnisse einräumen sollte. Nach dem Wahlsieg der Demokratischen Partei im Mai 1946 revidierten sie ihren Standpunkt und traten nun für den zentralistischen Einheitsstaat ein. Gemeinsam mit den tschechischen Parteien setzten sie die Annahme des dritten Prager Abkommens durch, glaubten jedoch weiterhin daran, daß es sich hierbei um eine provisorische Lösung handele, die nur so lange Bestand haben würde, bis die Machtfrage zugunsten der Kommunisten geregelt werden würde. Um so größer war die Enttäuschung der slowakischen Kommunisten nach dem Februarumsturz. Es scheint, daß sich die national orientierte Garnitur der slowakischen Kommunisten, die den Aufstand des Jahres 1944 getragen hatte (Husák, Laco Novomeský u. a.), bald dessen bewußt wurde, daß sich die Föderation nicht durchsetzen ließ, aber sie hielt daran fest, daß die Rechtsbefugnisse der slowakischen nationalen Organe unter Beibehaltung des asymmetrischen Modells der staatsrechtlichen Verhältnisse erweitert wurden³⁴. Die Prager KPTsch-Führung lehnte jedoch entsprechende Forderungen zumeist ab. Die neue Verfassung, die am 9. Mai 1948

³³ E b e n d a 25.

³⁴ Der Begriff des „asymmetrischen Modells“ soll deutlich machen, daß die slowakischen nationalen Organe auf der tschechischen Seite kein Pendant besaßen. Es existierten slowakische und gesamtstaatliche Organe, die zugleich die tschechischen nationalen Organe ersetzten und auf diese Weise „Asymmetrie“ herstellten.

verabschiedet wurde, beinhaltete faktisch eine weitere Entmachtung der slowakischen nationalen Organe.

Zentralismus und Einschränkung nationaler Rechte sind dem kommunistischen Regime immanent. Die Slowakei hätte sich auch dann nicht in einer besseren Lage befunden, wenn es ihren politischen Repräsentanten gelungen wäre, die Föderalisierung des Gesamtstaates durchzusetzen, wie die Erfahrungen der Sowjetunion, Jugoslawiens und schließlich auch der Tschecho-Slowakei nach 1968 zeigen. In der ČSR wurde die mit zentralistischen Ordnungsvorstellungen verbundene nationale Problematik jedoch vor allem durch die Residuen der Ideologie des Tchechoslowakismus, durch das asymmetrische Modell der staatsrechtlichen Verfassung, durch die Überzeugung der KPTsch-Führung, die Slowakei sei das schwächste Glied im gesamtstaatlichen Zusammenhang, und durch die Kampagne gegen den sogenannten bourgeoisen Nationalismus bedingt, für die es schon 1948 erste Anzeichen gibt³⁵.

Als die kommunistische Herrschaftsordnung einige Monate nach dem Februarumsturz noch nicht auf öffentlich artikulierten Widerstand gestoßen war, bedienten sich die herrschenden Kreise dieser Tatsache als Argument für die Behauptung, daß das Volk mit den gesellschaftlich-politischen Veränderungen einverstanden sei. Etwa um die Mitte des Sommers 1948 begannen sich jedoch Vokabular und Tonfall der kommunistischen Propaganda zu ändern. Immer häufiger war von der umstürzlerischen Tätigkeit der „Reaktion“ und den Feinden der volksdemokratischen Ordnung die Rede. Mit großem publizistischem Aufwand wurde über die Aufdeckung tatsächlicher oder fiktiver staatsfeindlicher Gruppierungen berichtet. Dieser Kurswechsel hatte seine äußeren und inneren Gründe. Zu den äußeren Faktoren gehörte vor allem die Resolution des Kominform zur Situation der Kommunistischen Partei Jugoslawiens vom Juni 1948, die Stalins These von der Verschärfung des Klassenkampfes beim Übergang zum Sozialismus verbreitete. Ihren Beitrag zum Wandel des politischen Klimas leisteten auch „Hinweise“ einiger sowjetischer Politiker auf den „Liberalismus“ in der ČSR³⁶. Die ersten öffentlichen Proteste gegen die Entwicklung nach dem Februarumsturz während des Sokoltreffens in Prag Ende Juni/Anfang Juli 1948 und beim Begräbnis Benešs am 8. September 1948 sowie zunehmende soziale Spannungen zählten zu den inneren Bedingungsfaktoren, die die Kursänderung der kommunistischen Politik und Propaganda beeinflussten. Nach Berichten des Staatssicherheitsdienstes über die Reaktionen der slowakischen Bevölkerung auf den Tod Benešs

³⁵ Auf der Sitzung des ZK der KPS am 27.–28. September 1948 erklärte der KPS-Vorsitzende Široký u. a.: „Wir müssen selbstkritisch betonen, daß selbst die Führungsorgane der Partei dem Einfluß des kleinbürgerlichen Nationalismus nicht widerstanden haben.“ *Komunistická strana Slovenska. Dokumenty z konferencií a plén 1944–1948* [Die Kommunistische Partei der Slowakei. Dokumente der Parteikonferenzen und Plenarsitzungen 1944–1948]. Hrsg. von Marta V a r t í k o v á. Bratislava 1971, 710.

³⁶ Nach einem Bericht des tschechoslowakischen Botschafters in Moskau, Bohuslav Laštovička, vom 17. Juli 1948 betrachtete Moskau einige Vorgänge in der ČSR (etwa das Sokoltreffen) unter politischen Gesichtspunkten als „Produkt des Liberalismus, der [...] sich auch nach dem Februar fortsetzt“. Staatliches Zentralarchiv Prag (im folgenden zit. als SÚA), Archiv des ZK der KPTsch (im folgenden zit. als A ÚV KSČ), Fonds 100/24, Bd. 99, archiva-lische Einheit 1145.

kam es in der Slowakei zu keinen politischen Aktionen oder Zwischenfällen. Es fanden lediglich offizielle Trauergottesdienste statt³⁷. Die Berichte betonten jedoch die sozialen Motive der Unzufriedenheit und die Befürchtungen der Gläubigen, daß ein Konflikt zwischen Staat und Kirche drohe. Gerade diese beiden Fragen beunruhigten die kommunistische Führung. Bereits zwei Tage nach der Beilegung der Regierungskrise, am 27. Februar 1948, hatte sich Gottwald mit einem Brief an Stalin gewandt und darum gebeten, die Sowjetunion möge die ČSR durch Fleischlieferungen unterstützen. Gottwald bediente sich dabei auch eines politischen Arguments: „Es wäre politisch sicherlich äußerst mißlich“, schrieb Gottwald, „wenn die neue Regierung ihre Tätigkeit mit einer Kürzung der Fleischrationen beginnen müßte.“³⁸ Die sowjetische Regierung ließ Gottwald wissen, daß sie nicht in der Lage sei, Hilfe zu leisten, da die Sowjetunion infolge der Mißernte des Jahres 1946 selbst Fleisch aus dem Ausland einführen müsse und mit Versorgungsschwierigkeiten zu kämpfen habe, was den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Bis zum Ende des Jahres 1948 gelang es der tschechoslowakischen Regierung nicht, die Probleme bei der Versorgung mit Fleisch und Textilien zu beseitigen; infolgedessen verschärfte sich die Kritik breiter Bevölkerungsschichten an den Versorgungsverhältnissen. Kurze Streiks, bei denen soziale Forderungen erhoben wurden (Lohnerhöhungen, Verbesserung der Versorgung u. ä.), waren in den Sommermonaten des Jahres 1948 keine seltene Erscheinung. In Bratislava führte diese Unzufriedenheit am 20. und 21. August zu einer Demonstration, an der mehr als 1000 Personen teilnahmen. In den Abendstunden des 20. August verwandelte sich diese Protestkundgebung in ein antijüdisches Pogrom. Die Polizei mußte eingreifen, 40 Personen wurden verhaftet und in Arbeitslager gebracht³⁹.

Unsicherheit und Unruhe griffen aus einer Reihe von Gründen auch auf das Land über. Bei der zugesagten und im März 1948 gesetzlich verankerten Bodenreform hatten die Bauern für ihren Privatbesitz nichts gewonnen, da der enteignete Boden den Genossenschaften und dem staatlichen Agrarsektor zugeteilt wurde. Der Staat verlangte von den Bauern – oft auch im Weg von Strafmaßnahmen – die Erfüllung ihrer Ablieferungspflichten auf der Grundlage niedriger Aufkaufpreise⁴⁰. Und schließlich verbreiteten sich in der zweiten Jahreshälfte 1948 wie ein Lauffeuer Nachrichten über die angeblich geplante Kollektivierung. Nach der zweiten Etappe der Nationalisierung der Industrie, nach der Beschränkung der Rohstoff- und Materialzuteilung und nach der Einführung strenger Vorkehrungen gegen Schwarzhändler und Schieber wurde nun auch die Schicht der Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmer von Panik ergriffen. Man wird feststellen dürfen, daß sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 in erheblichem Maße auch derjenigen Bevölkerungsgruppen ein Gefühl der Unsicherheit und Enttäuschung bemächtigte, die noch vor kurzer Zeit mit den Kom-

³⁷ SNA, Fonds PV Sekr., Karton 193.

³⁸ SÚA Praha, A ÚV KSČ, Fonds 100/24, Bd. 72, archivalische Einheit 998.

³⁹ SNA, Fonds PV Sekr., Karton 78.

⁴⁰ Im Jahr 1948 wurden in 23 502 Fällen Strafen wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten verhängt. SNA, Fonds ÚV KSS, Karton 790.

munisten sympathisiert und an ihre Versprechen geglaubt hatten. Auf der Sitzung des ZK der KPS am 27./28. September 1948 wiesen mehrere Redner auf die sich verbreitende Unzufriedenheit und das sinkende Vertrauen zur KPS hin und schlugen Alarm. Die Führung der KPTsch antwortete auf die sich mehrenden Anzeichen sozialer und politischer Unzufriedenheit mit der Einführung eines „harten Kurses“. Am 6. Oktober 1948 verabschiedete die tschechoslowakische Nationalversammlung das Gesetz zum Schutz der volksdemokratischen Ordnung⁴¹ und drei Wochen später das Gesetz über die Zwangsarbeit⁴². Zu Beginn des Jahres 1949 wurden Gewerbetreibende, Bauern mit mehr als 15 ha und diejenigen Bauern, die ihre Ablieferungspflichten nicht erfüllten, vom Zuteilungsverfahren für industrielle Konsumgüter ausgeschlossen. Politisch-ideologische Kampagnen, die mit der öffentlichen Meinung manipulierten, begleitete diese diskriminierenden und repressiven Maßnahmen und riefen den Eindruck hervor, als sei das kommunistische Regime durch seinen inneren Feind bedroht. Die „Schuldigen“, die im Zuge solcher Kampagnen enthüllt wurden, sollten die Funktion eines Blitzableiters erfüllen.

Die Auseinandersetzungen zwischen der kommunistischen Partei und der katholischen Kirche, die nach dem Februar 1948 die Form eines Konflikts zwischen Staat und Kirche annahm, spielten sich auf drei Ebenen ab: auf einer ideologischen, einer politischen und einer außenpolitischen. Mit dem Versuch der KPTsch, sich auch im ideologischen Bereich das Monopol zu sichern, war der Religion als Weltanschauung der Kampf angesagt. Diese Seite der Kirchenpolitik der KPTsch trat erst in den späteren Jahren in den Vordergrund und stellte das langfristige Ziel der Kirchenpolitik dar. Im Jahr 1948 und zu Beginn der fünfziger Jahre dominierte im Verhältnis der KPTsch zur katholischen Kirche der machtpolitische Aspekt einschließlich seiner internationalen Dimensionen. In der katholischen Kirche sah die KPTsch ihren letzten noch verbliebenen politischen Widersacher; dessen Machtzentrum lag nicht im Lande selbst, sondern im Vatikan. Da die Partei davon ausging, daß der Vatikan in den Diensten des „Imperialismus“ stand, zielte ihre Strategie darauf, die katholische Kirche in der ČSR von diesem ihrem Machtzentrum abzutrennen, sie staatlicher Kontrolle zu unterwerfen und in eine nationale Kirche umzuwandeln⁴³.

In der Slowakei hatten sich zwischen den politischen Gruppierungen und der katholischen Kirche schon vor dem Februarumsturz 1948 Spannungen angehäuft. Die neuen slowakischen politischen Führungseliten, die aus dem Slowakischen Nationalaufstand hervorgegangen waren, mißtrauten den Repräsentanten der katholischen Kirche, die eng mit Hlinkas Slowakischer Volkspartei und den Machtstrukturen des slowakischen Staates in den Jahren 1939–1945 verbunden gewesen waren. Die Verstaatlichung des kirchlichen Schulwesens, das Eintreten des slowakischen Bischöfe für eine milde Strafe für Jozef Tiso, den ehemaligen Präsidenten der Slowakischen Republik, und ihr Plädoyer dafür, Tiso zu begnadigen, nachdem das Todesurteil gegen ihn aus-

⁴¹ Nr. 231/1948 Sb.

⁴² Nr. 247/1948 Sb.

⁴³ Kaplan, Karel: *Stát a církev v Československu v letech 1948–1953* [Staat und Kirche in der Tschechoslowakei in den Jahren 1948–1953]. Brno 1993, 23 ff.

gesprochen worden war, sowie schließlich die Unterstützung der Demokratischen Partei durch die katholische Kirche bei den Wahlen im Mai 1946 trugen dazu bei, den Streit zwischen der KPS und den hohen katholischen Würdenträgern zu verschärfen. Nach der Errichtung des kommunistischen Machtmonopols nahmen diese Auseinandersetzungen gesamtstaatliche Dimensionen und eine neue Qualität an, da die katholische Kirche das kommunistische Regime als atheistisch und daher religionsfeindlich betrachtete. Beide Seiten waren sich bewußt, daß es zwischen ihnen zu einem grundsätzlichen Konflikt kommen mußte, bemühten sich aber darum, den erwarteten Zusammenstoß hinauszuschieben, wobei seitens der Kommunisten auch die Überlegung eine Rolle spielte, daß die Wahlen im Mai 1948 durch die Kontroverse mit der katholischen Kirche nicht zu ihren Ungunsten beeinflußt wurden. Die ersten Kontakte zur katholischen Kirche knüpfte die neue Regierung im März 1948 durch Vermittlung des Zentralen Aktionsausschusses der Nationalen Front an. Vor den Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament am 30. Mai 1948 wurden die Verhandlungen unterbrochen, danach wiederaufgenommen und am 18. Juni abermals unterbrochen, diesmal für mehr als ein halbes Jahr. Die Gespräche führten also zu keinen Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche; deren Vertreter lehnten es ab, eine positive Stellungnahme zu den Februarereignissen abzugeben, die Einheitsliste bei den Wahlen zu befürworten und dem kommunistischen Regime öffentlich Loyalität zuzusichern. Das Bischofskollegium bestätigte noch einmal das Verbot politischer Tätigkeit für die Priester, und diejenigen, die dem zuwiderhandelten, wurden vom Priesteramt suspendiert. Dies betraf in der Slowakei auch zwei Mitglieder des Kollegiums der Beauftragten, Jozef Lukačovič und Alexander Horák. Die slowakischen Bischöfe und Ordinarien haben als einzige ihre Stimme gegen die politischen Säuberungen erhoben. Erzbischof Karol Kmeťko sandte dem Vorsitzenden des Kollegiums der Beauftragten, Husák, am 26. April 1948 ein Memorandum, in dem er forderte, konkrete Beweise für die Schuld derjenigen Angehörigen der katholischen Intelligenz vorzulegen, die von den Säuberungen betroffen worden waren⁴⁴.

Der Versuch der kommunistischen Führung, sich die katholische Kirche im Wege von Verhandlungen mit den Bischöfen zu unterwerfen, blieb somit zwar erfolglos, doch gelang es den Kommunisten bis zu einem gewissen Grade – in den böhmischen Ländern mehr, in der Slowakei weniger –, den kirchlichen Einfluß auf die Wahlen zum tschechoslowakischen Parlament in Grenzen zu halten und die Teilnahme kirchlicher Vertreter an den Feierlichkeiten anläßlich der Wahl Gottwalds zum Präsidenten der Republik sicherzustellen, die die staatliche Propaganda als Zustimmung der Kirche zum kommunistischen Regime interpretierte. Der Prager Erzbischof Josef Beran trat dieser Behauptung anschließend entgegen. Die Kirche gewann andererseits durch die Verhandlungen wenig; sie erreichte, daß einige der beabsichtigten repressiven staatlichen Maßnahmen aufgeschoben wurden und erhielt die Zusage, daß sich die Schüler an den kirchlichen Schulen in den böhmischen Ländern einschreiben durften. In der zweiten Jahreshälfte 1948, als die Verhandlungen zwischen Staat und Kirche ruhten, nahm die Zahl derjenigen, die sich gegen einen Dialog zwischen den Kontrahenten

⁴⁴ SNA, Fonds ÚAV SNF, Karton 88.

aussprachen, auf beiden Seiten zu⁴⁵. Daraus resultierte eine weitere Verhärtung der Fronten. Im folgenden Jahr ging der Staat zu einem schärferen kirchenpolitischen Kurs über, der schließlich zu den politischen Prozessen gegen kirchliche Würdenträger führte.

Übersetzt von Peter Heumos

⁴⁵ Kaplan: *Staat und Kirche* 1993, 58 ff. – Vaško, Václav: *Neumlčená kronika katolíckej cirkve v Československu po druhej svetovej válce* [Die nicht zum Verstummen gebrachte Chronik der katholischen Kirche in der Tschechoslowakei nach dem Zweiten Weltkrieg]. Bd. 2. Praha 1990, 41 ff.